Rechte Parteien sind eine Gefahr für die Kunst, die Musik, den Journalismus und die freie Meinungssäußerung.

Wir sehen in vielen Ländern in Europa was passiert, wenn Rechte, Rechtsextreme, Faschisten an die Macht kommen oder an der Macht sind. Wir haben gesehen, wie bis vor kurzem die Lage in Polen war und wo die Bevölkerung jüngst das Steuer herumgerissen hat.

Wir sehen die Auswirkungen der illiberalen Demokratie von Victor Orban in Ungarn, wovon mir befreundete Künstler berichtet haben. Wir kennen Beispiele aus Spanien, wo die rechtskonservative Partido Popular zusammen mit der rechtsextremen Vox-Partei auf kommunaler Ebene paktiert, um alternative, widerständige Kultur zu unterdrücken und zu verunmöglichen.

Die taz etwa berichtete neulich aus der Pyrenäenstadt Huesca: Hier findet seit 23 Jahren das Festival Periferias statt. "Auf Drängen von Vox wurde der Initiative die Finanzierung entzogen. Das bedeutet das Ende einer der wichtigsten Veranstaltungen für avantgardistische Musik und Bühnenkunst außerhalb der spanischen Metropolen. Was für Vox nur dazu diente, 'fortschrittliche Kulturfritzen mit Geld zu übergießen', wie die jetzigen Gemeinderäte der Partei während des Wahlkampfs behaupteten. Das Festival war einer der wenigen Orte, an dem Künstler aus der Provinz ihr Schaffen präsentieren konnten."

Und wir kennen Beispiele aus Regionen und Bundesländern, in denen die AfD stark in den Kommunalparlamenten ist. Wo sie in Ausschüssen und Gremien sitzt. Wo sie gegen Kulturschaffende und Institutionen hetzt, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen.

Ich höre solche Berichte von befreundeten Menschen aus dem ländlichen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, wo sich regional bereits eine rechte AfD-Hegemonie etabliert hat. Wo sich Menschen mit einem liberalen Weltbild nicht mehr sicher fühlen und darüber nachdenken, ihre Heimat zu verlassen.

Kunst und Kultur werden vielfach mit finanzieller Förderung aus kommunalen, Landes- und Bundestöpfen ermöglicht. Soziokulturelle Zentren, Theater, Museen, Kulturinitiativen wie Cow Club und Waldmeister sind darauf angewiesen, wohlwollend mit der Lokalpolitik, den Behörden, den Entscheidern zusammenzuarbeiten, damit ihr vielfach ehrenamtliches Engagement sich entfalten kann.

Gerade Solingen mit seinem Zentrum für verfolgte Künste hat hier eine besondere Verantwortung. Denn wenn rechte Entscheider einmal die Möglichkeit dazu haben sollten, werden sie alles tun, um freie Kulturarbeit zu behindern, zu unterdrücken und zu beschneiden.

Wir wollen keine Rechten an Entscheidungspositionen etwa in Kulturverwaltung oder Ordnungsamt!

Das müssen wir alle zusammen verhindern! Kein Fußbreit den Faschisten! Für Demokratie und Vielfalt!